

nieder. Die BRD war schon gestern ganz und gar kein Musterland der „großen Freiheiten“. Die BRD kann den traurigen Ruhm für sich in Anspruch nehmen, das Land der Berufsverbote zu sein. Von über 850 000 Bürgern wurde von Verfassungsschutzämtern systematisch die politische Ge-

sinnung „durchleuchtet“ und überprüft. Ihre und viele andere Namen sind in den Karteien der politischen Polizei registriert. Bereits 1974 verfügte das Personalerfassungssystem des BRD-Bundeskriminalamtes über 2,9 Millionen Dossiers, 1,4 Millionen Lichtbilder und 2,8 Millionen Fingerabdrücke.

Rüstungsgegner richtet. Der politische Mechanismus dieses Systems soll in seiner Wirkung einschüchtern, Kampfbereitschaft lähmen, verängstigen und somit die Monopolherrschaft absichern helfen.

Seit Ende der 60er Jahre sind die Mittel für die sogenannte „innere Sicherheit“ in der BRD, also für Polizei, Bundesgrenzschutz, Bundesverfassungsschutz und Geheimdienste von 400 Millionen auf 2,9 Milliarden DM gestiegen.

Die BRD soll nach der Serie der von Terroristen in letzter Zeit verübten Provokationen, die den reaktionärsten politischen Kräften nützt, mit Hilfe einer weiter gesteigerten reaktionären Hysterie auf die Gleise eines Polizeistaates geschoben werden. Inquisitorische Praktiken sollen jede demokratische Meinung erstickend und mundtot schlagen.

Zur bestehenden sozialen Unsicherheit für die arbeitenden Menschen soll politische Unsicherheit für alle Demokraten treten. Auf die innere Entwicklung der BRD trifft die im Programm der SED getroffene Einschätzung voll zu, daß „die wachsende politische Instabilität der Monopolherrschaft und ihrer Regierung (einhergeht) mit dem zunehmenden Niedergang der bürgerlichen Demokratie“.¹

Wie sieht es nun mit der Freiheit der Information in der BRD aus, mit der sich notorische Antikommunisten drapieren und in ihrer Hetze gegen die sozialistischen Länder als „Menschenrechtler“ aufspielen?

Perfektionierung des Überwachungssystems

Immer neue Namen und neue Dossiers sind in den vergangenen Jahren hinzugekommen. Von Menschen, die ihre Meinung gegen imperialistisches Wettrüsten äußerten. Die sich an Aktionen gegen die Hitlerwelle, gegen faschistische Aufmärsche, gegen die Heldenverehrung für die Kapplers beteiligten. Die gegen völkerverhetzende antikommunistische und antisowjetische Hetze ihr Gewissen sprechen ließen. Die für Rüstungsbegrenzung und Abrüstung eingetreten sind. Die von der DDR eine positive Meinung besitzen. Das sind Namen nicht nur von Kommunisten, sondern auch von Sozialdemokraten und Gewerkschaftern.

Mehr als 3000 von ihnen sind aus dem Beruf gefeuert worden. Sie sind an der Spitze der schwarzen Listen von Überwachungsorganen des Staates und von Konzernen registriert. Diese Listen haben folglich eine Besonderheit: Auf ihnen steht der Name der Antifaschistin Silvia Gingold, nicht aber der des Richters Hesse, eines ehemaligen HJ-Führers, der das Berufsverbot gegen sie aussprach.

In den Listen ist sicher auch der Name des Vizepräsidenten des internationalen Buchenwaldkomitees Emil Carlebach festgehalten, der zehn Jahre in den faschistischen KZ Dachau und Buchenwald gesessen hat, nicht aber der des Altnazis und Chefs des reaktionären „Bundes

deutscher Soldaten“, der in geübter Rufmordpraxis Carlebach als Mörder diffamiert hat und ein Gerichtsverfahren gegen ihn einleiten ließ.

Nicht auf diesen Listen stehen der Kriegsverbrecher Kappler, der in der BRD gefeiert wird und den Schutz des Grundgesetzes wie überhaupt des bürgerlichen Klassenrechts genießt, die 170 Richter in Spitzenpositionen der BRD-Justiz, die durch Verbrechen im Hitlerfaschismus belastet oder die über 600 Rechtsextremisten, die im öffentlichen Dienst der BRD beschäftigt sind.

Das Großkapital besitzt in den Werkschutzabteilungen ein eigenes spezielles Spitzelorgan. Sie führen selbst Karteien und Dossiers — über „verdächtige“ Aktivitäten oder Kritiken von Gewerkschaftern, die Vertretung von Lohnforderungen durch bestimmte Arbeiter oder Reisen von Mitarbeitern in die DDR.

Die moderne Technik der Überwachung und Erfassung von BRD-Bürgern ist so programmiert, daß sie sich gegen Demokraten und Antifaschisten, gegen Friedensfreunde und

Zunehmender Niedergang der bürgerlichen Demokratie

Wenige große kapitalistische Zeitungskonzerne in der BRD haben ihre Marktpositionen auf fast 60 Prozent erhöht. Vier große Zeitschriften-Verlage verfügen mit 35 Titeln über einen Marktanteil von nahezu

70 Prozent.

Sie geben Boulevard-Zeitungen und Illustrierte in hoher Massenaufgabe heraus. Sie „denken“ vor, was der Leser denken soll. In den elektronischen Massenmedien geben konservative